Grundsatzbeschluss der EVG-Jugend

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Vorstandsbereich Reiner Bieck

Fachbereich Jugendpolitik

Weilburger Straße 24

60326 Frankfurt am Main

Tel: 069 / 7536 219

Stand: 18. Oktober 2011

Entstehung

Das vorliegende Grundsatzpapier der EVG- Jugend entstand durch die Grundsatz- und Zukunftsdiskussion innerhalb der EVG- Jugend und im Zusammenhang mit der Grundsatzdiskussion der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, die das Ziel hat 2012 auf ihrem Gewerkschaftstag ein Grundsatzpapier zu verabschieden, das die politischen und zukünftigen Grundlinien der EVG aufzeigen soll und als Grundlage der Gewerkschaftsarbeit in der EVG dienen soll. Die Jugend hat diese Diskussion ebenfalls, seit dem Zusammenschluss der Quellgewerkschaften TRANSNET UND GDBA, aufgenommen, damit auch die EVG- Jugend eine Grundlage für ihre personengruppenbezogene Arbeit besitzt und auch eine Positionierung innerhalb der Diskussion zu einem EVG- Grundsatzpapier einnimmt. Die Grundlage bieten diverse Diskussionen innerhalb der Jugendgremien und die von der EVG-Jugend initiierte Zukunftskonferenz „Wie willst du leben?“ (22. bis 24. Juli 2011).

Einleitung

Die Forderungspunkte sind in unterschiedliche Haupt- Themenbereiche gegliedert:

- **Gesellschaftspolitik** **Seite 2 - 4**
- **Bildungspolitik** **Seite 4 - 6**
- **Arbeitsmarktpolitik** **Seite 6 - 9**
- **Unternehmenspolitik – und Verantwortung** **Seite 9 - 13**
- **Umwelt- und Verkehrspolitik** **Seite 13 - 16**
- **Allgemeinpolitische Forderungen** **Seite 16 - 23**
  (z.B. Finanz-, Integrations-, Versicherungs- und Demonstrationspolitik)

Jeder Themenbereich wird durch eine kurze Zusammenfassung eingeleitet, danach sind die Forderungspunkte einzeln aufgelistet.

Die EVG- Jugend macht in ihrem Grundsatzpapier deutlich, dass ein Umdenken von Nöten ist, wenn man zukunftsorientiert und im Sinne der jungen Kollegen und Kolleginnen die Zukunft gestalten will. Weg von reiner Wirtschafts- und Finanzpolitik, die alle sozialen Aspekte vermissen lässt, hin zu einer demokratischen Politik der friedvollen Freiheit mit Gestaltungs- und Bildungsmöglichkeiten für Alle, mit einem gemeinschaftsorientierten und solidarischen Handeln aller Mitglieder der Gemeinschaft von Deutschland, verbunden mit einer Würdigung, Respektierung und Wertschätzung der persönlichen Arbeit und der persönlichen Wünsche und Vorstellungen, ohne dass dabei Herkunft, Hautfarbe, Sexualität oder Aussehen eine Rolle spielen.

Gesellschaftspolitik

Die Gesellschaft ist die Grundlage des Zusammenlebens und beeinflusst politische Prozesse, Zusammenleben und die persönliche Entwicklung – sie umfasst die Gesamtheit der Verhältnisse zwischen den Menschen.

Wenn wir also Einzelaspekte für unsere Mitmenschen verändern und gestalten wollen, müssen wir gemeinsam auf den gesellschaftlichen Zusammenhang achten, um auch Grundlegendes in Frage zu stellen, sowie Fehlentwicklungen offen entgegen zu treten.

Für die EVG- Jugend ergeben sich folgende gesellschaftliche Forderungen, aus denen konkrete politische Forderungen auch abzuleiten sind:

- Jugend muss als Chance und Zukunft verstanden werden und auch im Sinne der folgenden Generationen muss agiert werden –daraus ist eine nachhaltige Politik für zukünftige Generationen und eine **aktive** Förderung (verbunden mit Zukunftsaussichten und Karrierechancen für alle) abzuleiten, unter **aktiver** Einbeziehung der Jugendlichen
- Kultur muss zur Bildung und Weiterbildung erhalten
- Bezahlbaren Wohnraum ist zu schaffen, um den Lebensalltag zu erleichtern und finanzierbar zu gestalten - Junge Menschen, die aufgrund von Ausbildung oder Studium eine Wohnung benötigen, gilt es besonders zu fördern (z.B. Ausbildungs- oder Studienwerk)
- Eine jugendgerechte Gesellschaftspolitik, die Verständnis für generationsspezifische Veränderungen und Wünsche hat – Hierbei muss auch eine stetige Einordnung vorgenommen werden und Fehlentwicklungen wie die Entstehung von einer „Generation Praktikum“ (die deutlich aufzeigt, dass Jugendliche Opfer von prekären Arbeitsverhältnissen sind) verhindert werden bzw. beseitigt werden
- Eine starke solidarische Gemeinschaft findet unter der Einbeziehung aller Menschen, die in Deutschland leben – egal welcher Herkunft, Hautfarbe noch Konfession statt – Tendenzen, die dem entgegen wirken, sind zu beseitigen und zu bekämpfen
- Beendigung des Zweiklassendenkens! Es darf kein weiteres Auseinanderdriften zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft geben
- Gleichberechtigung aller Formen des Zusammenlebens
- Stadteile „vermischen“ – Keine Etablierung von „Elitestadtteilen“ und „sozialen Brennpunkten“

- Offene, nachvollziehbare, transparente und aufrechte Gesellschaftsdiskussionen mit einer solidarischen und fairen Diskussionskultur.
- Die Verwirklichung allgemeiner Grundrechte, als oberste Maxime, ein. Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung aller Menschen, freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, Unverletzlichkeit der Wohnung, Meinungs-, Bekenntnis-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Es muss entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Unterdrückung und Diskriminierung eingesetzt werden – Entsprechende Ressourcen sind bereit zu stellen. Hierbei gilt es die Gleichsetzung von „Links- und Rechtsradikalität“ zu stoppen (die damit verbundene Einsparung bzw. Umverteilung der Investitionen „gegen rechts“ muss erhöht, statt verringert werden) / Abkehr vom Begriff des Extremismus
- Gleichstellung von Mann und Frau in jeglicher Hinsicht
- Raum für eine eigene Jugendpolitik schaffen, die durch die Gesellschaft verstärkt unterstützt wird, mit dem Ziel des selbstbestimmten Lebens und der Abkehr von Abhängigkeit zur persönlichen Autonomie
- Flächendeckende Versorgung mit kostenfreien Sporteinrichtungen und Schaffung von Sportplätzen
- Entwicklung der Demokratie zulassen – Erhaltung von Freiräumen und Vertrauen in die Menschen. Möglichkeiten und Räume schaffen für die Entwicklung, das „freie Denken“ und das Ausprobieren.
- Pflege eines Generationsaustauschs/ Gegenseitiges Verständnis und Anerkennung der Lebenserfahrung/ Pflege von Arbeitsmodellen unter dem Aspekt: Jung und Alt unter dem Motto „Pakt der Generationen“ – Finanzielle Unterstützung und Einführung von Prämierungen für gute „Zusammenarbeitskonzepten zwischen Alt und Jung“
- Zusammenarbeit von gesellschaftlichen Multiplikatoren z.B. Bürgerorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen usw.
- Der Generationsvertrag muss ausgeweitet und gelebt werden. Auch die heutige "junge Generation" soll nicht nur in das Sozialsystem einzahlen, sondern soll auch die Garantie erhalten, im Alter eine, dem Lebensstandard würdige und angemessene, Rente zu erhalten. Sicherheiten müssen auch für Jugendliche geschaffen werden um Altersarmut zu verhindern
- Das Renteneintrittsalter darf nicht weiter angehoben werden / Kein Zwangsrenteneintritts
- Die Löhne und Gehälter müssen steigen um ein gutes Leben zu führen – unter der Beachtung der Preissteigerungsraten etc.

- Das Elterngeld muss erhöht werden und eine auch Co-Finanzierung ist anzustreben (Durch Staat und Betriebe) , so dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantiert werden kann – Es muss der sinkenden Geburtenrate familiengerecht entgegenwirkt werden
- Grundrecht auf Krippen- und Kitaplätze für alle in Deutschland lebenden Menschen
- Jugendeinrichtungen und Jugendclubs müssen ins Gemeinde-, Stadtbild sinnvoll integriert und erhalten werden
- Jugendeinrichtungen und Jugendclubs sind auf Mehr-Generationsebenen auszubauen und zu fördern
- Stadtbilder müssen für ältere Menschen attraktiver gestaltet werden
- Gemeinden müssen für jüngere Menschen attraktiver gestaltet werden
- Tätigkeiten der Arbeitswelt dem Alter gerecht anpassen, ohne es ungerecht auf die Jugend zu verteilen

Bildungspolitik

Die Bildung ist elementar für den persönlichen Entwicklungsweg und den beruflichen Einstieg.

Der Bildungsbegriff besagt:

„Der moderne dynamische und ganzheitliche Bildungsbegriff steht für den lebensbegleitenden Entwicklungsprozess des Menschen, bei dem er seine geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten und seine personalen und sozialen Kompetenzen erweitert. Es kann aber keinen perfekten Menschen geben; individuelle Anlagen sowie zeitliche, räumliche und soziale Bedingungen setzen der Verwirklichung eines wie auch immer definierten Bildungs-Ideals Grenzen.“

Um die Chance für ALLE Kinder und Jugendlichen fair zu gestalten müssen die Ausgangsbedingungen gerecht gestalten werden, so dass der persönlichen Bildung keine Chancen aufgrund der persönlichen sozialen Herkunft entgehen. Individuelles Lernen und individuelle Förderung sind entsprechend der Stärken und Schwächen des Einzelnen anzupassen und der allgemeine Bildungsprozess muss erleichtert, nachvollziehbar und transparent gestaltet werden, mit einem Hauptaugenmerk auf die Bildung einer solidarischen und gemeinschaftsorientierten Gesellschaft. Eine demokratische Meinungsbildung und politisches Verständnis sind durch die Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen zu fördern und zu unterstützen.

Die Forderungen der EVG- Jugend:

- Wir fordern einen Rechtsanspruch auf flächendeckende, kostenlose Krippen- und Kita- Plätz
- Bildung muss als A Thema in allen Bereichen
- Abschaffung des Bildungsföderalismus
- Abschaffung der Hauptschule – Entstehung von Gemeinschaftsschulen, statt Privatschulen
- stärkere zielorientierte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildungspolitik – Hierbei gibt nicht die Wirtschaft den Ton an
- Individuelle Betreuung und individuelle Förderung (Schon von "Kindesbeinen“ an) durch ausreichend gut qualifiziertes und motiviertes Personal
- Minderung der Ausfallstunden – Sicherung eines arbeitsfähigen (über Bedarf) Personalbestandes an allen Schulen
- Begrenzung der Klassengrößen auf z.B. max. 15 - 18 Schüler – Einstellung von mehr Lehrpersonal
- Inhaltliche Neuaufstellung in allen Schulen im Hinblick auf die Vorbereitung des Arbeitslebens – Information über Versicherungsmöglichkeiten, Gesetze, Vertragsrechte, betriebliche- und überbetriebliche Interessensvertretungen
- Begabte müssen entsprechend ihrer Begabung gefördert, aber auch ihrem Leistungsvermögen, entsprechend gefordert werden
- bestmögliche Integration von Menschen mit Behinderungen in die allgemeinen Schulen – Förderung durch Unternehmen und den Staat.
- ein flächendeckendes und nachhaltig finanziertes Angebot von Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe
- Einstellung von mehr Schulsozialarbeitern
- die uneingeschränkte Lernmittelfreiheit,
- Demokratisierung der Bildungsinstitutionen
- die Einführung einer Ausbildungsumlage (auch um u.a. die finanzielle Unterstützung der Berufsschulen zu sichern)
- ein Recht auf Ausbildung
- die sofortige Abschaffung und Nichteinführung von Studiengebühren und -beiträge
- die Erhöhung der Vergütung für Azubis auf ein existenzsicherndes Niveau d.h. eigene Wohnung, persönliche Versorgung, Kleidung, Fahrkarte etc.

- eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Jugendeinrichtungen, Jugendbildungsstätten und Jugendverbänden

- Lernortkooperationen unter der Einbindung der betrieblichen Jugendvertretungen an allen Berufsschulen (siehe Hamburger Gesetz)
- Bei der Ausarbeitung der Lehrinhalte an Berufsschulen müssen Gewerkschaften und die Jugendlichen selbst beteiligt werden
- Schaffung von kostenlosen Nachhilfemöglichkeiten- Angeboten
- 10 Tage Bildungsurlaub in allen Bundesländern – Einheitliche Anerkennungspflicht für Unternehmen – Bei Missachtung entsprechende Sanktionen
- Finanzielle Unterstützung durch ein einfaches und schnelles Betragungsverfahren bei Familien mit finanziellen Problemen
- Ausbau der Sprachenförderung und Schaffung von Extra - Angeboten für Kindern mit Migrationshintergrund
- Die Schüler müssen Bewerbertrainings zur Vorbereitung auf das spätere Leben erhalten
- durch die Bildungseinrichtung selbst, darf keine religiöse Beeinflussung stattfinden
- Bildungseinrichtungen müssen Treffpunkt verschiedener Generation und Kulturen sein
- Berufsschulen werden auch von allen Betrieben Co-finanziert
- Verhinderung von Monokulturen in Bildungseinrichtungen
- Mitbestimmung der innerschulischen Interessensvertretungen ausbauen
- Stopp des Schoolsponsorings durch Konzerne

Arbeitsmarktpolitik

Die Würde des Menschen, die eigene Selbstachtung und das eigene Selbstwertgefühl, definieren sich in der heutigen Arbeitswelt, in der der Mensch den Hauptteil seines Lebens mit Arbeit verbringt, über die eigene Arbeitssituation, die finanzielle Entlohnung/ Den Gegenwert beim Verkauf der eigenen Arbeitskraft als einziges Gut des Arbeitnehmers, die Anerkennung der eigenen Arbeit, die eigene Sicherheit im Arbeitsprozess und die soziale Ausgestaltung. Durch die Arbeit sollen die eigenen Bedürfnisse befriedigt werden, eine soziale Absicherung und Verbesserung stattfinden, sowie die Mitwirkung und Teilhabe an Innovationen, kulturellen und künstlerischen Ereignissen, neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Entdeckungen und an der Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in der Gesellschaft ermöglicht werden. Die Arbeit ist dem Menschen damit ein lebensnotwendiges Lebensbedürfnis.

Der florierende Kapitalismus und Imperialismus erschaffen mehr und mehr eine Situation, die den Arbeitnehmer erpressbar macht und zur Erhaltung seines Lebensbedürfnisses „Arbeit“ muss er stetige Verschlechterungen in Kauf nehmen. Ziel des Kapitalisten bleibt eine hohe

Akkumulation des Kapitals/ die Steigerung des Mehrwertes/ Gewinnmaximierung. Durch die Deregulierung des Arbeits- und Finanzmarktes ist es zu einer drastischen Fehlentwicklung gekommen, die eine soziale Spaltung der Gemeinschaft forciert und viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mehr und mehr in ihrem Lebensbedürfnis beschneidet.

Um in einem ersten Schritt Verbesserungen zu schaffen fordert die EVG- Jugend:

- Unternehmen müssen in Arbeitgeberverbänden organsiert sein
- Die Allgemeinverbindlichkeit muss wieder genutzt und unterstützt werden- Allgemeinverbindlichkeitserklärungen liegen im öffentlichen Interesse
- Einen gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze - angekoppelt an die Reallohnentwicklung (Preissteigerungsrate) und die wirtschaftliche Entwicklung - Jetzige Forderung, im Hinblick auf den Einführungsprozess mind. 10 Euro - Ein Mindestlohn geht einher mit einer Mindestrente
- Ein Konzern - ein Lohngefüge
- Verbot von der Gründung von Subunternehmen, sowie die Vergabe an weitere Sub- Unternehmen. Jedes zusätzliche in diese Kette eingebundene Unternehmen verschärft den Lohndruck auf die am Ende der Kette stehenden Arbeitnehmer. Transparenz schaffen! Ein Unternehmen bleibt ein Unternehmen
- Verbot von Zeitarbeit! Zeitarbeitsfirmen dienen max. als Vermittler, nicht aber der Personalüberlassung - diese gilt es zu verbieten. "Im Abschaffungszeitraum, bis zur endgültigen Abschaffung, notwendige und verbindliche Anwendung von § 9 AÜG Unwirksamkeit von Leiharbeitsverhältnissen (Niemand darf durch Tarifabschlüsse schlechter gestellt werden!)
- Tarifverträge, die gegen dieses Gesetz verstoßen sind mit sofortiger Wirkung, im Punkt des Arbeitsentgeltes und der Arbeitsbedingungen, aufzuheben und entsprechend des „Equal Pay“ – Verfahrens nachzuverhandeln, sodass ein Verstoß gegen AÜG § 9 ausgeschlossen ist.
- Ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz

- Anvisierung von kürzeren Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich
- Gleichstellung der Frauen im Beruf
- gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Das Ende der erniedrigenden Hartz IV-Gesetze – Sicherung durch Varianten des allgemeinen Grundeinkommens. Arbeitslosen/ Arbeitssuchenden eine sinnvolle Chance auf den Einstieg/ Wiedereinstieg in das Berufsleben geben und keine sinnlosen Weiterbildungsmaßnahmen (Zur Verschönerung der Statistiken)

finanzieren - Anreize zum Arbeiten schaffen - Motivation, Respekt, Selbstbewusstseinsstärkung, Qualifizierung uvm.

- Abbau der prekären Beschäftigung (Praktika, Zeitarbeit) und die Einführung einer Flexibilitätsvergütung
- Schaffung und Unterstützung von Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Eine Stärkung des Jugendarbeitsschutzgesetzes – Ausweitung auf alle Auszubildenden, ohne Altersbegrenzung

- Abkehr von Minijobs – nur noch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zulassen – unter Mindestlohn. Keine Arbeitszeiten unter 15 - 20 Wochenstunden, dadurch bessere Eingliederung in die Betriebe und Eindämmung des Lohndumpings
- Befristungsrecht neu ausrichten! Die Möglichkeit der Befristung ohne sachlichen Grund abschaffen – Menschen müssen ihr Leben planen, aber auch die Unternehmen müssen ein Interesse daran haben, qualifizierte Arbeitnehmer zu behalten. Des Weiteren muss das Befristungsrecht verständlich und übersichtlich für Jedermann gestaltet werden. Kettenbefristungen müssen verboten werden
- keine Rente ab 67, sondern individuelle Lösungen
- ausgeglichene Gehälter und Rentenwerte zwischen West und Ost
- einen stetigen Anstieg der Gehälter und Renten, im Hinblick auf die anfallende Teuerungsrate
- bei kommenden Vergabeverfahren muss der Ausbildungsfaktor beachtet werden
- Ausbau und Erweiterung eines verbindlichen Ausbildungspakt zwischen Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Interessensvertretungen
- Transparente und nachvollziehbare Arbeitsmarktstatistiken – Keine Verschleierung durch Übergangsmodelle wie 1-Euro-Jobs, Maßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen, Praktika (siehe Bildungsansätze) usw.
- Fahrtkosten von und zur Arbeit können vollständig von der Steuer abgesetzt werden
- Keine Änderung des Kündigungsschutzes
- Die Probezeit wird auf 3 Monate beschränkt
- Einführung einer gesetzlichen höchst möglichen Wochenarbeitszeit von 35 Std. – 38. Std- Überstunden sind ab der ersten Stunden sofort zu entlohnen
- Mindestens 30 Tage Urlaub im Kalenderjahr
- Jugend- und Auszubildendenvertretungen erhalten volle, unabhängige Mitbestimmungsrechte analog Betriebs- und Personalräten für Ihre

Zuständigkeitsgruppen. Voraussetzung zum verantwortungsbewussten Handeln müssen geschaffen werden.

- Zusätzliche berufsvorbereitende Maßnahmen, sollen in eine verlängerte Berufsausbildung integriert werden – keine zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen zur Vorbereitung einer Berufsausbildung innerhalb eines Betriebes
- Menschen mit pflegebedürftigen Familienangehörigen ist für die Pflege dieser, zusätzlicher Urlaub sowie Entgeltausgleich durch das Unternehmen zu gewähren
- sozialpädagogische, psychologische und ärztliche Hilfestellungsmöglichkeiten innerhalb des Unternehmens
- Bei Standortverlagerung eines Unternehmens muss dieses für die Umzugskosten der Beschäftigten aufkommen
- Eine Ausbildungsplatzumlagenfinanzierung muss eingeführt werden um damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken – Wer nicht ausbildet, muss trotzdem zahlen.

Unternehmenspolitik

Aus den Forderungen der Arbeitsmarktpolitik ergeben sich konkrete Forderungen an Unternehmen/ die Käufer der Arbeitskraft, da die Arbeitgeber nicht nur eine Verantwortung gegenüber den Aktionären besitzen, sondern auch im Sinne der Gemeinschaft, des Sozialstaates und für eine Verbesserung der Lebensbedürfnisse der Arbeitnehmer agieren müssen. Hierbei ist auch ein Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer an der Produktion, der Investitions- und Zukunftsplanung vorzunehmen.

Die Forderungen der EVG- Jugend:

- mittelfristige, transparente, zukunftsorientierte und nachvollziehbare Personalplanung mit einer hohen Ausbildungsquote um dem demografischen Wandel wirkungsvoll entgegen zu treten
- Das Unternehmen agiert wirtschaftlich zielorientiert- hat aber nicht nur Interesse an der Gewinnerwirtschaftung, sondern auch Interesse an der Erhaltung, Instandhaltung und Investition in die vorhandene betrieblich notwendige Infrastruktur/ Arbeitsgemeinschaft
- Versteht das eigene Herkunftsland als Kerngeschäft, sichert Arbeitsplätze und engagiert sich gegen "Outsourcing"

- Hält sich, als z.B. deutsches Unternehmen, auch im Ausland an in Deutschland geltende Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Tarifstandards, Sozialstandards, Umweltstandards, Gesetze etc. – Nimmt jederzeit eine Vorbildfunktion ein
- Ist Mitglied im Arbeitgeberverband - damit Tarifverhandlungen geführt werden können und keine Tarifflucht und Lohnwucher entstehen können
- Mitarbeiterbeteiligungen bei Richtungs- und Investitionsentscheidungen
- Einhaltung und Errichtung angemessener Ausstattung von Arbeits- und Sicherheitsmaßnahmen
- Verbot des wertschöpfenden Einsatzes von Auszubildenden/ Aufsichtspflichtverletzungen (Straferhebung bei Verstößen)
- hoher Sozialstandard durch Angebote mit Sozialpartnern - Aufbau, Ausbau von Sozialpartnerschaften (Unterstützung des AG z.B. bei Altersvorsorge)
- Zukunftsfähige Alterskonzepte- Schaffung von Möglichkeiten zum Know-How-Transfer zwischen Alt und Jung - Sicherung von Qualität/ Es dürfen keine Nachteile für den Arbeitnehmer entstehen – Soziale Belange, sowie gesamtgesellschaftliche Ziele fördern (EU- Grünbuch zum Thema beachten)
- Bei allen Konzernen/ Unternehmen müssen die Mitarbeiter auf freie Stelle hingewiesen werden und in diese vermittelt werden – der Arbeitgeber hat hierfür beste Kommunikationsmöglichkeiten zu schaffen
- Familienfreundliche Arbeitszeiten (trotz Wechseldienst und Wochenendarbeit)
- Förderung einer gemeinschaftlichen, solidarischen und kollegialen Unternehmenskultur
- Bereitstellung einer Betriebsrente zur Aufbesserung des Rentenalters
- Ausbildungsplatzangebote bei allen Unternehmen
- gerechte und bessere Ausbildungsbedingungen und qualifiziertes Ausbildungspersonal
- eine hohe Qualität in der Ausbildung
- Konstante Überarbeitung und Schaffung alternativer, innovativer zukunftsorientierter Ausbildungskonzepte (Technische Entwicklung beachten)
- die Erhaltung dreijähriger Ausbildungskonzepte – Wir sind entschieden gegen Schmalspurausbildungen
- Übernahmeangebote nach der Ausbildung und unbefristete Weiterbeschäftigung im Ausbildungsbetrieb, am Arbeitsort
- Beschäftigungssicherung ab Beginn der Ausbildung – keine Altersdiskriminierung für Jüngere
- Keine Probezeit nach bestandener Ausbildung

- Marktführer als Vorbilder - faire Arbeitsbedingungen und einheitlich tarifgerechte Umsetzungen – Markführer sind in der Pflicht in allen Branchen hoch zu halten und vorbildlich, sowie zukunftsorientiert vorzugeben
- Möglichkeiten der Weiterbildung und Qualifizierungszeiten nach (oder während) der Ausbildung für alle Beschäftigten – Finanzielle Unterstützung des Arbeitgebers – Angeboten werden zeitlich wiederkehrend dem Mitarbeiter angeboten
- die Stärkung der Arbeitnehmerrechte u.a. durch verstärkte ArbeiterInnenkontrolle (durch die AN) / Ausbau, Stärkung und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung – Fokussierung der Zusammenarbeit mit der betrieblichen Mitbestimmung durch den Arbeitgeber und Förderung der Mitbestimmung - Arbeitnehmer und Gewerkschaften sollten als Partner gesehen werden
- Regulierung der Praktika – Praktika müssen folgende Kriterien erfüllen, damit ein Praktikum nicht zum Kostensparen genutzt wird und die Stammbelegschaft und Vollzeitstellen verdrängt:
- Es wird ein Vertrag geschlossen, in dem folgende Punkte geregelt sind: Dauer, Lernziele des Praktikums, Betreuer/in, Vergütung, Zugriff auf einen Arbeitsplatz, Urlaub, Krankheitsregelungen
- Mit Beginn des Praktikums wird der/die Praktikant/in über seine/ihre Rechte (bspw. Zuständigkeiten des Betriebsrates, Arbeits- und Ruhezeiten) und Pflichten(bspw. Verschwiegenheit, Weisungsgebundenheit) informiert.
- Der/Die Praktikant/in erhält eine leistungsgerechte Vergütung, mit Ausnahme der Schülerpraktika.
- Das Praktikum dauert in der Regel drei, maximal sechs, Monate.
- Der/Die Praktikant/in erhält eine fundierte Einführung und lernt im Laufe seines/ihres Praktikums mehrere Aufgabenbereiche kennen.
- Dem/der Praktikant/in steht ein/e Betreuer/in zur Seite.
- Im Verlauf eines Praktikums wäre es wünschenswert, wenn dem/der Praktikant/in die Teilnahme an geeigneten Bildungsmaßnahmen geboten wird. Denkbar wären hier Workshops oder Kurz-Seminare, die von dem Praktikumsunternehmen oder einer außerbetrieblichen Organisation angeboten werden.
- Eine Substituierung von Vollzeitstellen durch Praktikanten, vermeintliche Volontäre, Hospitanten o.ä. darf nicht stattfinden. Das Praktikum dient vornehmlich zur beruflichen Orientierung während der Ausbildungsphase, nicht zur Kostensenkung des Unternehmens.
- Praktikanten sollen nicht mit der vagen Aussicht auf eine anschließende Vollzeitstelle angelockt werden.

- Nach Abschluss der Ausbildung hat der/die Praktikant/in Anspruch auf ein Zeugnis, das von der/dem Betreuer und/oder von der Geschäftsführung/der Personalleitung unterschrieben ist. Das Zeugnis muss Angaben über Art, Dauer, Inhalt und Ziel der Ausbildung sowie über die erworbenen Fertigkeiten und Kenntnisse des/der Praktikant/in enthalten. Auf Verlangen des/der Praktikanten/in sind auch Angaben über besondere fachliche Fertigkeiten aufzunehmen.
- Nach Halbzeit soll der/die Praktikant/in in einem persönlichen Gespräch von dem/der Teamvorgesetzten oder Betreuer/in beurteilt werden. Spätestens hier sollte klar gemacht werden, ob Aussichten auf eine Übernahme bestehen oder nicht"
- Zukunftsorientierten Altersdurchschnitt mit einem Mix aus Jung und Alt mit einem Altersdurchschnitt unter 40!
- Behindertengerechte Arbeitsplätze und ausgeweitetes Arbeitsplatzangebot für benachteiligte Mitarbeiter
- Die Einführung von Betriebskindergärten an allen zentralen Standorten
- Das Wegkommen von ständigen Kontrollen, Mystery Costumers oder sonstigen Kontrollinstrumenten, die demotivierend auf die MA wirken
- Jeder sollte nach seiner Tätigkeit sowie Qualifikation und nicht nach seine Betriebszugehörigkeit bezahlt werden
- Auszubildenden sollte schon mindestens ein halbes Jahr vor der Beendigung des Ausbildungsverhältnis ein eventuelles Arbeitsplatzangebot vorliegen
- Im Betrieb muss dem Mitarbeiter das Aufsteigen der Karriereleiter in Verbindung mit der Weiterbildungsmöglichkeit immer verständlich und nachvollziehbar gestaltet werden
- Ein Beschäftigungsverhältnis basierend auf Leiharbeit ist komplett abzulehnen
- Sobald das Unternehmen Gewinne einfährt, darf es keine betriebsbedingten Kündigungen in der Gegenwart und näher liegenden Zukunft geben darf
- Das Unternehmen engagiert sich sozial in der Region / im Land
- Urlaub über 30 Tage im Kalenderjahr
- Möglichkeit zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Wer weniger arbeiten möchte, dürfe keine Steine in den Weg gelegt bekommen
- Keine Arbeit an Sonn- und Feiertagen (Ausnahme Grundversorgung)
- durch gemeinsame Aktivitäten im Betrieb, die Verbundenheit des Unternehmens stärken – kulturelle Angebote schaffen + Soziale Einrichtungen und Aktivitäten für seine AN anbieten (z.B. Betriebshotels, Betriebsausflüge)

- vermehrte persönliche Nähe zwischen Vorgesetzen & Mitarbeitern im positiven Sinne, mit einer höheren Wertschätzung der gegenseitigen Arbeit

- kreative Erholung- Entspannungsräume
- flexible Pausenzeiten
- Arbeitnehmerrechte müssen geachtet werden (Bildungsurlaub etc.)
- Fokussierung der 35 Stunden Woche - ohne Entgeltabsenkung

Umwelt- und Verkehrspolitik

Eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ist untrennbar mit einer klimafreundlichen, ressourcensparenden und generationsübergreifenden Umweltpolitik verbunden. Für eine gemeinsame Zukunft muss jeder Mensch zum Schutze der Umwelt, mit dem Ziel der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage aller Lebewesen mit einem funktionierenden Naturhaushalt, beitragen. Menschenverursachte Beeinträchtigungen oder Schäden müssen behoben werden, Fehlentwicklungen ist entgegenzuwirken und die soziale Ungleichheit und der Raubbau durch reiche Industrienationen, zum Nachteil ärmer Länder, ist zu stoppen. Jeder Mensch, jede folgende Generation, hat ein Anrecht auf eine gesunde und lebenserhaltende Umwelt – Alle Planungen und Entwicklungen sind auf den Erhalt und die Verbesserungen der Umweltbedingungen, auch zum Schutze der Tierwelt, auszurichten.

Hier muss sich auch die Verkehrspolitik einreihen, besonders da sie in Zeiten der steigenden Flexibilität und Mobilität des einzelnen Menschen, den steigenden Erwartungen an Mobilitätsunternehmen, immer mehr an Gewichtung bekommt und u.a. bei der Energieerzeugung ein großer Stromabnehmer ist, was unmittelbar mit der Natur verbunden ist. Eine Verkehrspolitik zum Schutz der Umwelt bedeutet auch, dass Verkehrswege und Infrastrukturen subventioniert und gefördert werden, die der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt beitragen. Hierbei muss verstärkt auf den Schienenweg gesetzt werden - Steuer- und Marktnachteile der Schiene sind aufzuheben, die Überbelastung der Straße ist zu stoppen, die Elektrifizierung des Schienenverkehrs ist auszubauen, es muss verstärkt auf regenerative und heimische Energiequellen zurückgegriffen werden, die Abhängigkeit vom Erdöl muss drastisch verringert werden (Versorgungssicherheit/ Ökonomische Abhängigkeit) und der Sicherheitsaspekt im Verkehrswesen muss wichtiger genommen werden. Weiterhin ist der Verkehrssektor „Schiene“ durch die Sicherstellung und Bereitstellung von Mobilität ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und auch werden Unfall- und Umweltfolgeschäden von allen Krankenkassenbeitrags- und Steuerzahlern, sowie von den kommenden Generationen, bezahlt, so dass eine weitere Deregulierung/ Liberalisierung/ Privatisierung umgehend, im Sinne der Erhaltung und Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, zu stoppen ist.

Die EVG- Jugend fordert:

- Wir fordern ein Mobilitätsmanagement, das zeitgemäß, doch zukunftsorientiert, nachhaltige Raum- und Siedlungspolitik fördert. Die Sicherung von Mobilität gehört zur Grundversorgung und muss entsprechend durch Investitionen gefördert werden – Hin zum überfälligen Politikwechsel, hin zu umweltfreundlichen, energieeffizienten, nachhaltigen Verkehrsträgern. Es müssen klaren Ziele und Zeiträume genannt werden mit konkreten und notwendigen Instrumenten unterlegt. Die Bedeutung des umweltbewussten Handelns muss in die Köpfe der Menschen
- Die Privatisierung der öffentlichen Verkehrsmittel muss gestoppt werden - Öffentlicher Nahverkehr gehört in Staatshand, da ein gewinnbringender öffentlicher Verkehr nicht zu realisieren ist, ohne dass man dabei bei der Sicherheit, dem Angebot und der Bezahlung der Mitarbeiter massiv kürzt.
- Die Grundbedürfnisse in Deutschland wie Energie, Wasser, Verkehrs müssen in Staatshand bleiben.
- Kein weiteres Privatisierungsbestreben der DB AG
- Keine Trennung von Netz und Betrieb
- Keine weitere Reduzierung der verkehrlichen Anbindung des ländlichen Raums
- Regionalisierungsmittel müssen gesichert und gesteigert werden - zur Sicherung des Regionalverkehrs.
- Branchentarifverträge für alle Branchen – Darüber hinaus müssen verbindliche Tariftreueregelungen/Tariftreuegesetze geschaffen werden z.B. Bei Ausschreibungen gilt eine verbindliche Übernahmeregelungen für die Beschäftigen bei Betreiberwechsel und eine Mindest- Branchenlohn ist einzuhalten, Präqualifizierung - Sozial- und Qualitätsstandards, Arbeitssicherheit und Ausbildungsquoten bei Ausschreibungen. Ausschöpfung der entsprechenden Verordnungen des Europäischen Parlaments (VO 1370/2700/EG)
- Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern
- Die so genannten Gigaliner dürfen keine Genehmigung erhalten
- Der Flugverkehr ist einzuschränken und die Steuernachteile der Schiene sind aufzuheben. Es müssen gleiche Rahmenbedingungen geschaffen werde. Mineralöl- und Ökosteuer müssen auch im innerdeutschen Flugverkehr und in der Binnenschifffahrt eingeführt werden, sowie die Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr beendet werden
- Die Schienenkapazitäten/ Schieneninfrastruktur müssen ausgebaut werden, um u.a. den Güterverkehr bewältigen zu können.

- Ein allgemeines Überholverbot von LKWs
- Erhöhung der LKW- Maut – für eine verursachergerechte Kostenbelastung. Der Bereich der Maut betrifft alle LKW ab 3,5 Tonnen und Kleintransporter bis 3,5 Tonnen. Die Maut muss erhöht werden und muss die Kosten des LKW- Verkehrs wiederspiegeln: Umwelt-, Stau- und Unfallkosten.
- Sinnvolle Einführung und Verwaltung von Umwelt- Abgaszonen
- Erhebung höher Mautgebühren, besonders für Durchfahrtsverkehre durch Deutschland
- Attraktive Verbindungsmöglichkeiten zwischen Schiene und Straße mit : Park&Ride Angeboten, Car-Sharing- Modellen, moderne Rufbussystemen und Sammeltaxen, sowie Ausbau von Fuß- und Radwegenetzen
- gegen Streckenstilllegungen und für die Wiederinbetriebnahme von geschlossenen Bahnhöfen und den Bau neuer Haltestellen, um die Attraktivität der Bahn durch eine bessere Erreich-barkeit zu erhöhen
- Die Ausweitung des ÖPNV- und FV- Angebots - Ausbau des innerstädtischen ÖPNV und hin zur Einführung von kostenloser Nutzung.
- Einrichtung von Umweltzonen
- Vermehrte Nutzung von autofreien Tagen
- die Einführung von Sozialtarifen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- netzgebundene Dienstleistungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge öffentlich für Alle zugänglich und erschwinglich sein.
- Wir fordern Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung, in energiesparende Bauweisen und eine sofortige Abwendung von Atomkraft
- Wir fordern den sofortigen bzw. schnellstmöglichen Ausstieg – Ausstieg bedeutet für uns nicht, den Atomstrom aus anderen Ländern zu beziehen- Wir fordern den globalen Atomausstieg!
- Wir fordern von der DB AG den Ausstieg als Gesellschafter vom Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 +2, sowie den unverzüglichen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie. Mittelfristig muss der gesamte Energiebedarf aus erneuerbarer Energie gewonnen werden
- Alle führenden Unternehmen müssen zukunftsorientiere Wege der Energienutzung präsentieren und als Vorreiter Investitionen vornehmen, Treiber der Atomlobby sind zur Verantwortung zu ziehen
- Der Energiebedarf muss bereits kurzfristig aus regenerativen Quellen gedeckt werden, um dem ökologischen und zukunftsorientierten Standard zu entsprechen

- Ausstieg der DB AG aus Datteln 4 (Kohlekraftwerk) – Auch Kohlekraft stellt keine zukunftsfähige Energiepolitik dar, Investitionen, die nicht in erneuerbare Energiequellen investiert werden, sind fehgeleitet.
- Bereits formulierten Klimaschutzziele sind einzuhalten
- Fahrkartenermäßigungen für Auszubildenden, Schüler/Schülerinnen und Studierende ohne Altersbeschränkung
- Das Schienennetz muss in der ländlichen Fläche ausgebaut werden
- Erhöhung und Optimierung des Taktverkehrs (Bus und Bahn)
- keine Subventionen für umweltschädliche Energien
- bei Neuanschaffungen von Autos sind Elektroautos zu bevorzugen und zu fördern
- Die Vergabe von Fernbuslizenzen muss gestoppt werden - Begründung: Fernbusse sind ökologisch und ökonomisch sinnlos
- E10 muss wieder abgeschafft werden, - Begründung: E10 ist nicht umweltfreundlich, da durch die Produktion von Bioethanol Wälder gerodet, Nahrungsmittel zu Kraftstoffen geformt werden (und das trotz 1000er Hungertoden jedes Jahr) und die extrem langen Transportwege das Klima massiv belastet. Des Weiteren sind die Folgen für den Motor nicht absehbar. Diese negativen Aspekte wiegen mehr als der Vorteil, dass die Abhängigkeit vom Öl verringert wird.

Allgemeinpolitische Forderungen

Über diese fünf Schwerpunktgebiete, der sich die EVG- Jugend größtenteils gewidmet hat, hinaus gibt es weitere Forderungen der EVG- Jugend die verschiedene politische Bereiche betreffen. Im Folgenden wird der jeweilige Bereich am Anfang benannt und wird ergänzt durch eine kurze Einleitung und die konkrete politische Forderung/en.

Grundrecht

In Deutschland werden politische Streiks als illegitim angesehen.

Der politische Streik gehört zu Europas politischer Kultur. Neben Deutschland ist er nur noch in Dänemark und England verboten. Alle drei Länder verstoßen somit gegen die Europäische Sozialrechts-Charta. Was aber in Frankreich, Belgien oder Spanien akzeptiert ist, muss auch in Deutschland möglich sein. Im Rahmen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung stehen kurze politische Demonstrationsstreiks nicht unter

strafrechtlicher Sanktion wegen Nötigung eines Verfassungsorgans. Durch den politischen Streik würde wieder ein Gleichgewicht entstehen, das dem Druck der Lobbyisten, neoliberaler Kampagnenarbeit – und Investitionen, sowie Großspender der Regierungsparteien entgegenstünde.

Die EVG- Jugend fordert das…

- Politisches Demonstrationsstreikrecht während der Arbeitszeit – nach Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta sowie Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz. Auch Gewerkschaften sind legitimiert auf die politische Willensbildung, im Hinblick auf z.B. Wirtschaftsbedingungen, hinzuwirken. Die politische Demokratie nach Artikel 21. Grundgesetz und die wirtschaftliche Demokratie nach Artikel 9. Grundgesetz bilden zwei sich ergänzende Säulen unserer Verfassungsordnung, in sieben von 16 Landesverfassungen ist der Streik ausdrücklich garantiert. Eine Nichtnennung des politischen Streikrechts im Grundgesetz kann und darf nicht als Einschränkung oder Verbot interpretiert werden.

Finanz- Geldpolitik

Die Frage der Finanzierbarkeit von politischen Forderungen, die Möglichkeiten der Gestaltung von politischen Veränderungen, bringt uns bei dem Themenbereich der Finanzpolitik zur grundlegenden Frage der Verteilung, des Gleichgewichtes, im vorherrschenden (kapitalistischen und imperialistischen) System. Die Kredit- und Finanzkrise, damit verbundene Rechtsbrüche europäischer Regierungschefs, und die Krise der Eurozone verdeutlichen eine drastische Fehlentwicklung und leere Kassen. Ein Problem ist, wenn die Banken, die sich um das Geld der Bevölkerung kümmern sollen, das Geld wegnehmen, es verlieren und aufgrund staatlicher Garantien dafür nicht bestraft werden, ist ein schlimmer Einschnitt im Sozialstaat vollzogen. Die Chancen auf einen Job (Lebensbedürfnis – siehe Arbeitsmarktpolitik), auf ein eigenes Haus, eine anständige Pension, einen guten Start für die eignen Kinder, werden immer kleiner – Die soziale Spaltung nimmt zu, die Mittelschicht wird kleiner. „Globalisierung“ bedeutet mittlerweile weltweiter freier Handel, so dass die Gewinne internationalen Erfolgs den Unternehmen und Banken zur Verfügung stehen und die Verluste sich auf jeden Steuerzahler in jeder Nation verteilen. Statt einer Regulierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte wird weiterhin auf das „Vertrauen“ gesetzt.

Um diese Fehlentwicklungen einzudämmen und zu stoppen fordert die EVG- Jugend:

- Erhöhung der Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Finanzämter müssen personell und finanziell besser ausgestattet sein, so dass Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt werden können
- Erhöhung des Personalbestandes des öffentlichen Dienstes
- Entmachtung der privaten Ratingagenturen – Treiber und Verursacher der Wirtschaftskrise stoppen! Bei der Prüfung der Kredittauglichkeit von Unternehmen sind die Bewertungen von privaten Ratingagenturen nicht zu gebrauchen. Die finanzielle Ausstattung und Unterstützung dieser Agenturen durch Staaten und Unternehmen muss gestoppt werden.
- Für die Qualitätsprüfung von Finanzmarktprodukten benötigen wir eine zentrale, europäische Zulassungsstelle für Finanzprodukte (Finanzprodukte TÜV). Kreditwürdigkeit der Staaten muss die EZB selbst vornehmen, die Bonitätsprüfung der Unternehmen und der Gläubigerbanken.
- Banker, Manager, Kaufleute, Unternehmensführungen etc. haften mit ihrem Privatvermögen und jedes Unternehmen muss so hoch versichert sein, dass dem Staat keine Kosten entstehen- Abkehr vom Wirtschaftsdenken: Gewinne werden privatisiert, Verluste verstaatlicht – Manager haften für ihre Entscheidungen
- Keine Privatisierungen gegen den Bürgerwillen
- Nachvollziehbare, verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Kostenplanung bei Millionen-/Milliardenprojekten/ Kein weiteres Treiben von Prestigeprojekten - Kosten-wahrheit
- Einführung von Gehaltsobergrenzen
- keine hohen Gewinnsummen von Unternehmen mit Infrastrukturproblemen verlangen, nur weil Haushaltsprobleme vorliegen
- nicht in (sozialen und kulturellen) Bereichen sparen, wo Investitionen zur Erhaltung dringend notwendig sind
- kleinere und mittelständige Unternehmen nicht durch immense steuerliche Forderungen/ Belastungen die Existenz gefährden -> Fördern und unterstützen statt reines Fordern /flexiblere, individuellere und unbürokratische Handlungsspielräume
- Praxisgebühren und Zuzahlungen sind abzuschaffen.
- Boni-Zahlungen für Führungskräfte unter betrieblicher Mitbestimmung stellen/ Mitarbeiterbeteiligung

- Umgehende Beendigung des Privatisierungswahns der Bundesregierung und Zurückverstaatlichung der Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge wie z.B. Deutschen Post, der Telekom, der DB AG, sowie der Unternehmen für Strom, Wasser etc.
- Politiker Diäten an dem inländischen durchschnittlichen Bruttolohn / Gehalt angleichen
- Keine Nebenbeschäftigung für Politiker
- Bei staatlichen Unternehmen darf der Staat seine Plätze im Aufsichtsrat nicht an beliebige „Privat"- Personen vergeben
- Eine transparente Politik – Verbot von Kostenerhebungen bei Politikveranstaltungen/ Politiker dürfen sich nicht bezahlen lassen - Bürgernähe und Teilnahme an Veranstaltungen gehören zum politischen Amt. Man muss sich weniger mit "sich selbst", den innerparteilichen Problemen/Personalien/"Skandalen" etc. beschäftigen -> Konzentration auf die politische Verantwortung
- Keine Rettung/ Erhaltung des Euro um jeden Preis und zum Schaden „ärmerer" Länder. Die Entwicklung dieser Währung nimmt gerade eine extrem negative Wendung, da bereits diverse Länder in eine extreme finanzielle Schieflage geraten sind, welche die Stabilität des Euros gefährdet. Weitere Länder sind in Gefahr. Sollte sich dies fortsetzen, würde der Euro extrem schwach und die Kosten um ihn zu erhalten immer größer. Die Einsparungen und Sparmaßnamen gehen nur zu Lasten der sozialen Schwächeren und erzeugen ein Ungleichgewicht, sowie Erpressungsmöglichkeiten, zwischen den Ländern der EU- Staaten.

Demokratie

Beim Thema Finanz- und Geldpolitik wurden bereits einige Forderungen an die politischen Interessensvertreter und Repräsentanten genannt, die mittelbar oder unmittelbar mit Finanzierungen und Steuergeldern zu tun haben. Des Weiteren stellt sich für die EVG- Jugend die Frage nach der aktiven Ausgestaltung von Politik, sowie Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten. Grundsatz ist, wie in der Einleitung beschrieben, die Ausrichtung zu einer gemeinschaftsorientierten, solidarischen und friedlichen Gesellschaft.

Die Vorstellungen und Forderungen er EVG- Jugend:

- Aktive Beteiligung der Bevölkerung - keine Stellvertreterpolitik, für mehr Volksentscheide statt bürokratischer und technokratischer Politik
- Demonstrationsverbot rechtsradikaler Gruppen und Parteien

- Deutschland verpflichtet sich zur Abrüstung in Deutschland und setzt sich weiterhin auch auf EU- Ebene ein/ Subventionen für die Kriegsindustrie sind zu stoppen/ Auch der Export von Waffen ist zu stoppen. Krieg ist niemals eine Alternative, sondern von deutschem Boden geht weder Krieg noch Kriegsexporte aus, die menschliches Leben gefährden oder gar beenden können.
- Keine Beschlüsse entgegen der Interessen Bevölkerung, aufgrund von europäischen oder internationalen Bündnissen. Das Interesse der ansässigen Gemeinschaft gilt es als oberste Priorität zu bewahren.
- Keine Umsetzungen europäischer oder internationaler Beschlüsse die entgegen dem Grundgesetz stehen, sondern als neutraler und souveräner Staat sind auch hier die Interessen, Vereinbarungen und Gesetze der Bevölkerung die wichtigste Grundbedingung für das gemeinsame Zusammenleben. Europäische und internationale Regelungen sind nicht ohne die Beteiligung der Bevölkerung umzusetzen.
- Kennzeichnungspflicht – Möglichkeit der personellen Zuordnung bei allen Mitarbeitern mit Kunden bzw. „Menschen“ kontakt (gilt auch für Polizisten (besonders bei Demonstrationen) und Amtsmitarbeiter)

Integrationspolitik

In Zeiten des demografischen Wandels, einem Fachkräftemangel und einer beängstigenden Geburtenrate gewinnt das Thema der Integration immer mehr an Bedeutung. Hierbei muss auf die Chancen und Möglichkeiten der Integration, im Sinne einer Gemeinschaftsbildung, eingegangen werden, die das Ziel hat das Leben in Deutschland in Zukunft solidarisch und fair zu gestalten d.h. auch, dass wir rechtspopulistischen Hetzparolen, die eine Spaltung der Gemeinschaft herbei führen, keinen Platz bieten wollen, sondern die EVG- Jugend fordert eine zukunftsorientierte Integrationspolitik. Hierbei gilt es Menschenrechte zu bewahren und besonders Missbrauch von „offenen“ Grenzen zu verhindern wie z.B. bei Menschenhandel und Verbrechen.

Die Forderungen der EVG- Jugend:

- Die Integration muss verstärkt thematisiert werden, es reicht nicht nur auf „Probleme“ hinzuweisen und „Ausgrenzung“ zu favorisieren - für eine gemeinschaftsorientierte Fortentwicklung.
- Einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen für alle Migrantinnen und Migranten und eine bedarfsgerechte Aufstockung der Mittel für das

Integrationskursystem, damit alle Interessierten einen Kurs besuchen können und nicht abgewiesen werden.

- Wir fordern einen Rechtsanspruch auf eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und die Beendigung der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten beim Zugang zu Schule, zu Ausbildung, zum Arbeitsmarkt
- Eine Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes um die Diskriminierungsmerkmale Hautfarbe, Nationalität, Sprache und soziale Herkunft.
- Gegen Sanktionen - Integrationsprozesse sind nicht unter Strafandrohung gestaltbar, sondern müssen durch Inhalte und Angebote überzeugen.
- Jeder, der in der Bundesrepublik geboren wird und dessen Eltern hier leben, soll die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, mehrfache Staatsbürgerschaft müssen ermöglicht werden.
- Für Menschen, die Opfer skrupelloser Ausbeutung/ Opfer von Kriegen/ politischen Verfolgungen etc. wurden, sollen Perspektiven eines legalen Aufenthalts bekommen und dürfen nicht an der Grenze abgewiesen werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen uneingeschränkt gelten, und die UN-Kinderrechtskonvention ist vollständig umzusetzen. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen sind als Asylgrund umfassend anzuerkennen. Anerkannte Flüchtlinge müssen als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger behandelt werden.
- Die Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen ist zu beenden
- Menschen mit Migrationshintergrund erhalten die gleichen Garantien und Rechte, sowie Zugang zu Bildung und eine faire Entlohnung. Der soziale Aufstieg und der Zugang zur Wirtschaft muss für jeden möglich sein
- Wer in Deutschland einer Tätigkeit nachkommt, bekommt den in Deutschland branchenüblichen bzw. gesetzlichen Mindestlohn. Ausländische Firmen, die in Deutschland agieren, müssen ihren Mitarbeitern dieses angeglichen Lohn bezahlen, ansonsten dürfen sie nicht beauftragt werden – Lohndumping und der Missbrauch von Zeitarbeit ist zu unterbinden
- Ein Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland Lebenden - auf kommunaler Ebene

Versicherungspolitik

Versicherungsschutz ist unabdingbar im Zusammenleben einer Gemeinschaft. Aber auch hier zeigt sich durch stetige Privatisierungen und Einsparung das die soziale Ungleichheit stetig verschlimmert wird.

Um einen sozial- gerechten Versicherungsschutz der Gesamtbevölkerung zu garantieren fordert die EVG- Jugend:

- Das Solidaritätsprinzip muss überarbeitet werden
- Einführung einer Bürgerversicherung
- alle Bürger mit allen Einkommen in die Finanzierung der Gesundheitsversorgung einzubeziehen, dadurch wird die Einnahmeseite der Gesetzlichen Krankenversicherung verbessert, um so weitere Leistungskürzungen zu verhindern
- mehr Gerechtigkeit innerhalb dieses Systems - Alle Einkommensarten einbeziehen: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen in die Versicherung ein. Der Beitrag richtet sich damit nach der finanziellen Leistungsfähigkeit: Wer wenig hat, zahlt also wenig, wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr.
- Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.
- Private Krankenversicherung als Vollversicherung abschaffen: Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherungen beschränkt. Das in Europa einzigartige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird damit beendet

Datenschutz

In Zeiten der elektronischen Kommunikation wird das Thema Datenschutz wichtiger und wichtiger. Es lauern viele (unbewusste) Gefahren, die leicht zu Missbrauchsfällen führen können und bereits geführt haben, dennoch hat jeder Mensch ein Anrecht auf den persönlichen Datenschutz, zum Schutz seiner eigenen Privatsphäre.

Die EVG- Jugend richtet sich gegen die Vorstellung des „gläsernen Bürgers“ und fordert:

- Einen höchstmöglichen Datenschutz von persönlichen Daten
- Verbot von Massenspeicherung persönlicher Daten durch Werbeunternehmen, Verkäufer, aber auch durch den Staat (Online- Durchsuchungen)
- die Erhebung, Speicherung, Veränderung oder Übermittlung sowie die Weitergabe von Daten der Beschäftigten dürfen nur zur Erfüllung des Zwecks des Arbeitsverhältnisses erfolgen (Zweckbindung)
- der Handel mit Arbeitnehmerdaten ist zu verbieten

- Alle Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten sind verpflichtet eine/n betriebliche/n Datenschutzbeauftragte/n zu beschäftigen und ein Datenschutzkonzept abstimmen zu lassen
- Datenschutzverstöße müssen sehr empfindlich bestraft werden